

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

GZ: BMGF-11001/0090-I/A/5/2017

Wien, am 28. April 2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an meinen Amtsvorgänger gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 11958/J des Abgeordneten Josef A. Riemer und weiterer Abgeordneter** nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Fragen 1 bis 13:

- *Gibt es Statistiken, wie viele Frauen in Österreich genital verstümmelt wurden?*
- *Wenn ja, welche?*
- *Wenn nein, warum nicht?*
- *Aus welchen Ländern stammen die Mädchen bzw. Frauen, bei denen Genitalverstümmelungen festgestellt wurden?*
- *Gibt es in den entsprechenden Communitys seitens Ihres Ressorts Aufklärungsprojekte?*
- *Wenn ja, wie viele und wie hoch sind die Kosten hierfür?*
- *Wenn nein, warum nicht?*
- *Wenn nein, von wie vielen betroffenen Frauen gehen die Schätzungen aus?*
- *Ist es in den letzten Jahren zu Fällen von FGM in Österreich gekommen?*
- *Wenn ja, wie viele Fälle wurden erhoben?*
- *Ist das BMGF an Projekten zur Bekämpfung von FGM beteiligt?*
- *Wenn ja, um welche Projekte handelt es sich?*
- *Wenn nein, warum nicht?*

Zu den Fragen nach Statistiken betreffend Female Genital Mutilation/Cutting (FGM/C) darf ich auf die Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen Nr. 3111/J (XXIII. GP), Nr. 505/J (XXIV. GP) sowie Nr. 11012/J (XXV. GP) durch meine Amtsvorgängerinnen verweisen, woraus ersichtlich ist, dass sich die seinerzeitige

Meldedatenbank als ein nicht geeignetes Instrument zur Auffindung statistischer Grundlagen erwiesen hat und daher eingestellt wurde.

Wie auch bereits in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 11012/J ausgeführt, sind neben der ausreichenden gesetzlichen Vorsorge Sensibilisierungs- und Informationsmaßnahmen sowie Prävention und Opferschutz wirksamere Mittel zur Bekämpfung von FGM/C. Der Schwerpunkt der Maßnahmen liegt daher auf der Beratung und Aufklärung über die gesundheitlichen Folgen sowie Hilfestellung zur Prävention von FGM/C.

Mit der Broschüre „Tradition und Gewalt an Frauen/Weibliche Genitalverstümmelung FGM/C“ stehen auf der Website des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen wichtige Informationen sowie eine Auflistung von Anlaufstellen in Österreich für (potentielle) Opfer von weiblicher Genitalverstümmelung zur Verfügung. Diese Broschüre enthält auch Informationen über die rechtlichen und gesundheitlichen Konsequenzen. Weiters sind sämtliche Länder aufgeführt, in denen Formen von FGM regelmäßig vorkommen. Es ist jedoch festzuhalten, dass in den meisten dieser Länder FGM gesetzlich verboten ist.

http://www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/9/9/2/CH1553/CMS1481105369959/tradition_und_gewalt_weibliche_genitalverstuemmung.pdf

Aus den für die Frauenprojektförderung zur Verfügung stehenden Mitteln werden Beratungsstellen gefördert, welche Begleitung und Unterstützung bei Integrationsschritten für Migrantinnen anbieten. Dazu gehören auch Prävention und Eliminierung von FGM/C, Prävention von Gewalt und Betreuung von Gewaltopfern und Hilfe zur erfolgreichen Integration. Die Beratung und Aufklärung von FGM/C in Familien, Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch mit nationalen und internationalen Organisationen zu diesem Thema bilden dabei einen Schwerpunkt. Durch die Beratung von Frauen soll auf die medizinischen, psychischen, sozialen und rechtlichen Folgen von FGM/C aufmerksam gemacht werden. Weiters sind Aufklärung und Information durch die Communities sowie durch Ärztinnen/Ärzte, Hebammen und medizinisches Personal wichtige Maßnahmen. Nur so kann effizient und langfristig Prävention geleistet werden.

Opfern und Gefährdeten stehen überdies spezialisierte Beratungsstellen zur Verfügung: „FEM Süd – Frauengesundheitszentrum im Kaiser Franz Josef-Spital“ und die „African Women Organisation“.

Dr.ⁱⁿ Pamela Rendi-Wagner, MSc

